

## C•A•PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P)

Forschungsgruppe Deutschland  
 Forschungsgruppe Europa  
 Forschungsgruppe Jugend und Europa  
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen  
 Akademie Führung & Kompetenz

## Transformationsstaaten auf dem Prüfstand

Demokratie und Marktwirtschaft im internationalen Vergleich

Die Chancen des weltweiten Wirtschaftswachstums führen nicht zu spektakulären Transformationsgewinnen. Zwar haben sich Demokratie und Marktwirtschaft in den Entwicklungs- und Transformationsstaaten insgesamt gegen zahlreiche Anfechtungen behauptet, allerdings verbesserten sich auch die Rahmenbedingungen für autoritäre Transformationsmodelle. Damit sind die Herausforderungen für nationale wie internationale Akteure, die Demokratie und Marktwirtschaft anstreben, deutlich gewachsen.



Obwohl in vielen Ländern Afrikas Wahlen abgehalten werden, ist gerade auf diesem Kontinent der Transformationsprozess ins Stocken geraten. Foto: EU-Kommission

Insgesamt etwa 3,92 Mrd. Menschen leben derzeit weltweit in demokratischen Staaten, etwa 2,55 Mrd. Menschen in Autokratien. Zu ihnen gehören nicht nur die „klassischen“ Autokratien wie China oder Kuba, sondern auch einige Länder, denen trotz durchgeführter Wahlen aufgrund des nahezu völlig erodierten staatlichen Gewaltmonopols keine demokratischen Verhältnisse attestiert werden können.

Nach den Ergebnissen des Transformation Index 2008 der Bertelsmann Stiftung (BTI), der gemeinsam mit dem Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) erarbeitet wurde, sind 14 der insgesamt 125 untersuchten Staaten als konsolidierte oder weit fortgeschrittene marktwirtschaftliche Demokratien, weitere 19 als fortgeschrittene einzuordnen. Spitzenreiter sind Tschechien, Slowenien, Estland und Taiwan. Dagegen erfasst der Index 31 Staaten mit stark eingeschränkter Transformation sowie 25 Staaten mit gravierenden Defiziten.

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

### C•A•Prolog

Handfeste Ergebnisse 2

### C•A•Personalien

Gäste und Gespräche  
am C•A•P 4/5

### C•A•Programm

Position: Die EU als  
Risikogemeinschaft 6  
 Position: Europas  
Potenziale 7  
 Jugend und Europa:  
Strukturierter Dialog 8  
 Symposium zur  
Telemedizin 9  
 Nahost-Gespräche 10  
 Editors' Roundtable 11  
 Starke Parlamente:  
Bremsen oder Garanten  
effektiven Regierens? 12  
 Peergroup Education 13

### C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

### C•A•Postskriptum

Analyse der Landtagswahl  
in Bayern 16

C•A•Planung 16

## Handfeste Ergebnisse

Es war nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Implosion der UdSSR, als Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ beschwor. Er prognostizierte damals den Triumph einer an westlichen und liberal-ökonomischen Werten orientierten Ordnung und entwarf das Bild eines weltweiten Aufbruchs zu Demokratie und Marktwirtschaft. Weit gefehlt, wie wir heute wissen. Die ersten Brände der Globalisierung flackerten bald darauf auf. Die ewige Unruhe gesellschaftlicher Verteilungskonflikte war eben nicht einfach vorbei. „Failed States“ und „Autokratie“ stehen nach wie vor als Tatsachen auf der Tagesordnung der Politik. Vielerorts werden Mitsprache- und Freiheitsrechte eingeschränkt. Doch welches Land ging im Zeitverlauf den richtigen Weg und konnte nachhaltige Transformationserfolge vorweisen? Dieser Frage geht das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) seit über zehn Jahren mit dem Transformation Index der Bertelsmann Stiftung nach, den das Centrum zusammen mit der Stiftung und führenden Wissenschaftlern in unserer Werkstatt erarbeitet hat. Er misst seit Jahren den Erfolg auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft. Als außerordentlich erfolgreiches und weltweit akzeptiertes Instrument ist er heute wichtig für Entscheider aus Entwicklungspolitik, die Akteure staatlicher Zusammenarbeit oder die Macher in der internationalen Ökonomie.

Der Index ist ein weltweit beachtetes Instrument, um den Transformationserfolg zu Demokratie und Marktwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern zu messen. Die Welt der OECD-Staaten nimmt er innerhalb dieser Systematik aus. Dennoch interessiert natürlich auch hier die Performanz von demokratischer Entscheidung und marktwirtschaftlichem Erfolg. Aus diesem Grund haben die Bertelsmann Stiftung und das C·A·P ein eigenes Instrumentarium geschaffen, um die Robustheit und - im Zeitalter der Globalisierung - die Reformfähigkeit entwickelter Industriestaaten regelmäßig zu messen. Mit dem Reform Index der Bertelsmann Stiftung wird gemeinsam mit dem Centrum in diesem Jahr nun erstmals eine fundierte Bestandsaufnahme der Effizienz und der normativen Qualität des Regierens in diesen Staaten vorgelegt.

Darüber hinaus und neben anderen Aktivitäten in der Zukunftsforschung oder der Bildungsarbeit war das C·A·P besonders in seiner Europaarbeit konzentriert am Werk. Traditionell nimmt es die Fortschritte der europäischen Integration unter die Lupe. Seit 1992 der Vertrag von Maastricht unterzeichnet wurde, untersucht das C·A·P regelmäßig die primärrechtlichen und politischen Entwicklungen in der Union. So folgten präzise Analysen der Verträge von Amsterdam, Nizza und der europäischen Verfassung, die am Veto der Bevölkerungen in den Niederlanden und in Frankreich scheiterte. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ein neues Vertragswerk vorgelegt, das einen

neuen primärrechtlichen Rahmen für die Union definieren soll. Das C·A·P hat traditionsgemäß auch diesen Vertrag minutiös analysiert und legt mit dem Band „Lissabon in der Analyse“ eine gründliche Betrachtung der veränderten Rechtsgrundlage vor. Im Mittelpunkt stehen

dabei die Genese des Vertrags, seine historische Verortung und wichtige Ergebnisse in einzelnen Politikfeldern und institutionellen Bereichen. Zudem spiegelt die Publikation Konsequenzen und Herausforderungen, die sich mit der Implementierung des Vertragswerks jenseits des irischen „No“ ergeben könnten. Der Band wird noch hilfreicher durch damit abgestimmtes Material: Das Internetdossier [www.eu-reform.de](http://www.eu-reform.de) ergänzt die Analysen um zahlreiche Beiträge und bietet einen Überblick über den aktuellen Stand des Ratifikationsprozesses des Vertrags von Lissabon. Dieser Komplex rundet unsere Europaarbeit für diesen Zeitpunkt äußerst befriedigend ab.



Jürgen Turek  
stellv. Direktor des C·A·P

### „Die minutiöse Analyse des Vertrags von Lissabon rundet unsere Europaarbeit ab.“

Jürgen Turek

*Fortsetzung von Seite 1*

Die letzten Plätze des Ranking belegen Sudan, Nordkorea, Eritrea, Birma und Somalia. Grundsätzlich sind Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft in jeder Weltregion möglich. Die Spitzenreiter des Ranking haben allerdings gemeinsam, dass sie bereits seit vielen Jahren einen konsequenten Transformationskurs verfolgen.

Die Anzahl der Demokratien hat zwischen 2005 und 2007 leicht zugenommen: In Mauretanien, Kirgisistan, Burundi, Liberia und Haiti waren insgesamt fünf Regimewechsel von autokratischen Regimes zur Demokratie zu verzeichnen. Zwar sind die Demokratien unter den Transformationsstaaten deutlich in der Überzahl, doch ist nur ein Viertel von ihnen konsolidiert. Die große Mehrheit, darunter gerade die neuen Demokratien, weist zum Teil erhebliche Defekte auf.

Nach den Analysen haben die meisten Demokratien ihr Demokratieniveau gehalten, was entweder Stabilität – wie in Ostmitteleuropa, Uruguay, Taiwan – oder in anderen Fällen Stagnation bedeutet. Die gewalttätigen Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen in Kenia illustrieren auf drastische Weise, dass die Lage in defekten Demokratien ohne etablierte politische Kultur nicht als gefestigt angesehen werden und es zu größeren Rückschlägen kommen kann.

Das Lager jener Länder ist stärker geworden, in denen die Machthaber relativ erfolgreich auf einen Kurs autoritärer Modernisierung setzen und hierfür auch Zustimmung bei der Bevölkerung finden. Dieser Transformationsweg, wie ihn etwa China, Malaysia, Singapur, Vietnam, in gewisser Hinsicht auch Russland sowie Kuba gehen, findet auch außerhalb

dieser Länder vereinzelt Fürsprecher. Dennoch steht autoritäre Modernisierung zumeist auf tönernen Füßen, da weder die institutionellen Voraussetzungen für solide Marktwirtschaften geschaffen wurden, noch stabile Trägerschichten in der Gesellschaft existieren.

Die gemessenen politischen Tendenzen sind eng mit den wirtschaftlichen Entwicklungen verknüpft. Hierbei spielt die Dynamik der Weltwirtschaft und der Wirtschaftsboom in China und Indien eine besondere Rolle. In zahlreichen rohstoffexportierenden Ländern führte dies nicht nur zu neuen Wachstumserfolgen, sondern gab den Regierungen auch mehr Spielraum, eigene wirtschafts- und sozialpolitische Wege zu suchen. Diese Gunst der Stunde haben aber nur wenige Länder zum institutionellen Ausbau und zur Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften genutzt. Zahlreiche Regierungen haben diese vernachlässigt oder sind zu stärkerer Staatsorientierung übergegangen.

Trotz aller politischen Diskurse der letzten Jahre hat sich an der mangelhaften Zukunftsorientierung der Volkswirtschaften – ökologische Verträglichkeit und Bildungsinvestitionen – nur wenig geändert. Dies liegt nicht nur an der rücksichtslosen Ausbeutung von Ressourcen in den wachstumsdynamischen Ländern Asiens, sondern auch an der Vernachlässigung des Bildungssektors. Von wenigen Ausnahmen abgesehen verdüstern sich damit in vielen Ländern die Entwicklungsperspektiven.

Der Index unterstreicht, dass gutes Management überall auf der Welt möglich ist: Unter den besten 25 Management-Performern befinden sich Länder aus allen Regionen – unter den 20 schlechtesten (außer Ostmittel- und Südosteuropa) allerdings auch. Gerade in jenen Ländern, in denen aufgrund mangelnder Ressourcen und Stabilität konsequente Transformationspolitik viele Möglichkeiten eröffnen würde, deutet sich eher eine Abkehr von guter Regierungsführung an.

**Top Ten Status Index 2008****Top Ten Management Index 2008**

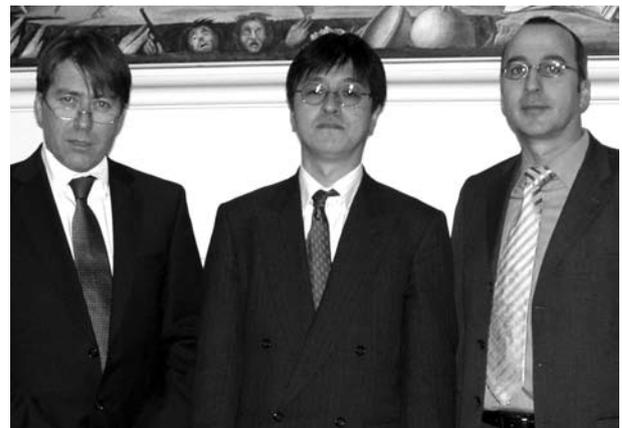
1. Tschechien	1. Chile
2. Slowenien	2. Estland
3. Estland	3. Botswana
4. Taiwan	4. Mauritius
5. Ungarn	5. Slowakei
6. Litauen	6. Südkorea
7. Slowakei	7. Taiwan
8. Chile	8. Uruguay
9. Uruguay	9. Kroatien
10. Südkorea	10. Lettland, Südafrika

## Gäste und Gespräche am C·A·P

Beim Workshop "Security Issues in East Asia" stand bei den Betrachtungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen Ostasiens Japan im Mittelpunkt. (v.l.) stelltv. C·A·P-Direktor Jürgen Turek, Prof. Dr. Franz Waldenberger (LMU München), Prof. Dr. Shinichi Kitaoka (Universität Tokio) und C·A·P-Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld.



Innenansichten der USA: der frühere Leiter des ZDF-Büros Washington, Eberhard Piltz, diskutierte über den Präsidentschaftswahlkampf.



Prof. Toshiya Nakamura (University of Nagasaki) informierte sich am C·A·P über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

## C·A·P intern

Die ungarische Akademie der Wissenschaften hat C·A·P-Direktor **Prof. Dr. Werner Weidenfeld** zum Ehrenmitglied ernannt. Mitglieder der Akademie müssen ungarische Staatsbürger sein, als Ehrenmitglieder werden aber immer wieder Wissenschaftler aus aller Welt ernannt. Weiter wurde Weidenfeld als Fellow am Board of Trustees der Brandeis University Boston sowie in den Vorstand der Gesellschaft für Außenpolitik in München wiedergewählt. Weidenfeld ist zudem weiterhin Mitglied im Kuratorium des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

In Paris traf C·A·P-Mitarbeiterin **Simone Weske** den ehemaligen französischen Staatspräsidenten und Vorsitzenden des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing. Gegenstand der Unterhaltung war die Wechselwirkung zwischen öffentlicher Meinung und Regierungshandeln in der französischen Europapolitik. Weske führte das Gespräch im Rahmen ihres binationalen Promotionsprojektes.

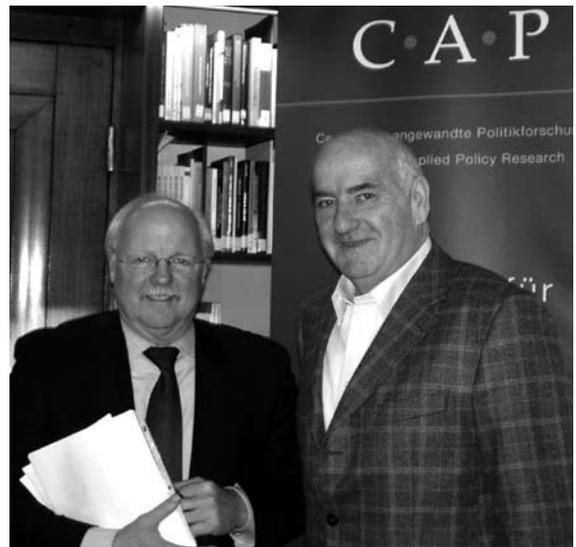




Der niederländische Europaminister Frans Timmermans war einer von vielen Experten, die am Fachforum zum "strukturierten Dialog mit der Jugend" am C·A·P teilnahmen. Er eröffnete das Fachforum mit der These: "Wir benutzen die Vernetzung und das Engagement Jugendlicher viel zu wenig, um die Bürgergesellschaft in Europa zu stärken" (Bericht siehe S. 8).



Dr. Peter Grassmann ging am C·A·P der Frage nach, wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für mehr Nachhaltigkeit in ihrem Handeln sorgen können.



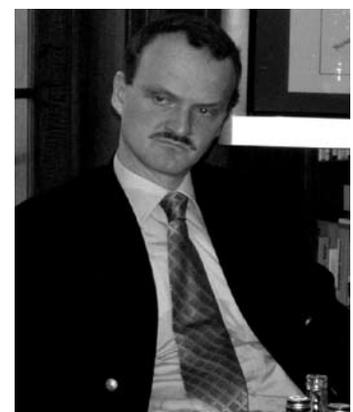
Dr. Jackson Janes, Präsident des American Institute for Contemporary German Studies, diskutierte über die US-Vorwahlen.



Prof. Dr. Stefan Schirm von der Ruhr-Universität Bochum referierte am C·A·P über globales Regieren.



Die veränderten Bezugspunkte türkischer Außen- und Sicherheitspolitik waren das Thema des C·A·P-Workshops mit Prof. Dr. Hüseyin Bağcı von der University Ankara.



Über Terrorisusbekämpfung sprach Prof. Dr. Jörg Monar von der Universität Strasbourg.

# Die EU als Risikogemeinschaft

von Florian Baumann

Eine neue Forschungslinie am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) wird sich künftig mit der EU als Risikoraum beschäftigen. Ausgangspunkt dafür ist der sozialwissenschaftliche Diskurs über den Risikobegriff in verschiedenen, für den Integrationsprozess relevanten Themenfeldern. Dabei sollen nicht nur die bekannten externen Risiken mit klassischem sicherheitspolitischem Fokus untersucht werden. Vielmehr wird sich das C•A•P auch mit sozialen, gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Risiken, von denen die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam betroffen sind, befassen. Relevant ist dabei nicht nur diese Außendimension, sondern gerade auch die Gefährdungen, die aus den strukturbildenden Entscheidungen der europäischen Integration resultieren.

Zwei Fragenkomplexe sind für das Forschungsvorhaben von großem Interesse. Es muss die Frage gestellt werden, inwieweit die EU sich vom gegenwärtigen Risikoverständnis leiten lässt. Hier gilt es folglich zu identifizieren, welchen externen und internen Risiken die Union ausgesetzt ist und inwiefern diese Einfluss auf die politische Planung in verschiedenen

Politikbereichen haben. Ein Beispiel, bei dem dies sehr deutlich wird, sind die von der Kommission veröffentlichten Vorschläge für eine gemeinsame Klimapolitik. Neben Maßnahmen zur Abschwächung des bevorstehenden Klimawandels werden dort auch notwendige Anpassungen an den bereits unvermeidlichen Teil der Klimaänderung benannt. Während das EU-Ziel zur CO<sub>2</sub>-Reduktion präventiver Natur ist, dient die

Adaption, etwa an extreme Wetersituationen, der Minimierung negativer Schadensfolgen. Auch die Europäische Nachbarschaftspolitik oder die Lissabon-Strategie weisen

auf diese Kombination aus Vorsorge und Prävention als komplementäre Risiko-handhabe hin.

Die zweite Frage zielt auf die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedstaaten, erkannte Risiken gemeinschaftlich anzugehen. Um die EU als Risikogemeinschaft zu klassifizieren, reicht es nicht aus, dass gegebene Gefährdungen mehrere oder gar alle EU-Staaten betreffen. Als konstitutive Voraussetzungen dafür sind erstens eine gemeinsame Risikowahrnehmung der Mitgliedstaaten und zweitens die Entwicklung der EU als ein zentraler Referenzpunkt der Risikohandhabe zu sehen. Bei Risiken, die aus dem Integrationsprozess selbst erwachsen – etwa durch den Wegfall der Personenkontrollen im Schengen-Raum – ist die EU zwangsläufig der Hauptakteur für Präventions- und Vorsorgemaßnahmen. Aber auch bei globalen Risiken nimmt die Union in zunehmendem Maße eine entscheidende Position ein. Zu klären ist dabei, ob dies zu einem gemeinschaftsstiftenden Element – wie einst die innereuropäische Friedensordnung – werden kann.

Die Arbeiten zur EU als Risikogemeinschaft knüpfen an bestehende Schwerpunkte der Forschungsgruppe Europa am C•A•P an, sie sollen aber gleichzeitig auch neue Sichtweisen ermöglichen.

Gerade die Absicherung der Energieversorgung stellt das Risikomanagement der EU-Staaten in Zukunft auf die Probe.

Foto: EU Kommission

„Eine gemeinsame Wahrnehmung von Risiken kann für die EU gemeinschaftsstiftend sein.“



Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europa.

florian.baumann@  
lrz.uni-muenchen.de

# Europas Potenziale nutzen

von Matthias Chardon

Die Ablehnung des Vertrags von Lissabon hat die Europäische Union in eine Krise gestürzt. Sollte auch dieser zweite Anlauf für eine Revision der Verträge scheitern, würde die EU zwar nicht vor dem Ende stehen; natürlich kann sie auch nach den Regeln des Vertrags von Nizza funktionieren. Eines gilt aber auch: Mit Nizza ist die EU weniger demokratisch, weniger effizient und weniger transparent als mit Lissabon.

Angesichts dessen muss es die wichtigste Aufgabe der politisch Handelnden Europas sein, in der Bevölkerung und in der Politik ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche Potenziale in der europäischen Integration stecken. Es wird notwendig sein, diese zu heben, um die strategisch richtige Antwort für die Zukunft Europas zu geben. Den „Freunden der EU“ kommt hier besondere Bedeutung zu, sie müssen nämlich diejenigen überzeugen, die sich solchen Einsichten bislang verschlossen haben. Am Ende einer solchen Debatte muss gelten: Die Staaten, die voran schreiten wollen, dürften nicht davon abgehalten werden, dies zu tun.

Die Herausforderungen, denen sich die EU und ihre Staaten stellen müssen, und die es wert sind, europäische Themen zu werden, liegen ja auf der Hand. Mit dem politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und Indiens verändern sich die weltpolitischen Gewichte gewaltig. Europas Politik muss sich richtig positionieren im Umfeld neuer selbstbewusster Akteure, der renovierungsbedürftigen transatlantischen Partnerschaft und einem stärkeren Russland. Internationale Stabilität kann nicht mehr national garantiert werden. Europäische Strukturen sind dafür die richtige Antwort. Auch deshalb braucht die Union stabile Beziehungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn: Russland, die Staaten Ost- und Südosteuropas und die Nachbarstaaten im Nahen Osten und im Mittelmeerraum.

Angesichts steigender Energie- und Rohstoffpreise muss die Union dafür sorgen, dass der Binnenmarkt nicht in die Knie geht. Dazu braucht es Investitionen in Forschung und Bildung, in energieeffiziente Wirtschaftsstrukturen und in Umwelttechnologien. Niemand will die Mitgliedstaaten davon abhalten, eigene Prioritäten zu setzen. Aber es ist sinnvoll, Aktivitäten zu koordinieren und europäische Akzente zu setzen, weil davon alle profitieren. Die Lissabon-Strategie ist ein gutes Instrument dafür. Damit der Binnenmarkt besser akzeptiert wird, braucht die EU auch eine stärkere soziale Dimension. Dabei geht es nicht um eine Nivellierung sozialpolitischer Standards, sondern um Maßnahmen, die die Erfolge von Globalisierung und Europäisierung flankieren. Der Vertrag von Lissabon bietet für alle diese Themen Instrumente und Kompetenzen. Darum lohnt es sich, auch nach dem irischen Nein für ihn zu kämpfen. Dem voran gehen muss aber eine Neubesinnung auf die Potenziale Europas, um damit dem gemeinsamen Voranschreiten der europäischen Staaten eine Chance zu geben. Die EU braucht also mehr politische Debatte; die Forschungsgruppe Europa wird ihren Beitrag dazu leisten.



Krisensitzung beim Gipfel des Europäischen Rates in Brüssel kurz nach dem Referendum in Irland: der damalige EU-Ratspräsident Janez Jansa und der Chef der EU-Kommission, José Manuel Barroso.

Foto: Rat der Europäischen Union

„Es lohnt sich auch nach dem irischen Nein für den Vertrag von Lissabon zu kämpfen.“



Der Autor ist Leiter der Forschungsgruppe Europa.

matthias.chardon@  
lrz.uni-muenchen.de

## Strukturierter Dialog

Die vermeintliche Politikverdrossenheit Jugendlicher wird von den Medien regelmäßig thematisiert. Weitgehend unbekannt bleiben hingegen die zahlreichen Beispiele guter Beteiligungspraxis. Ebenso wenig bekannt ist ein neues Instrument der EU, welches Ende 2006 geschaffen wurde, um die Partizipation Jugendlicher in Europa qualitativ zu verbessern: der sogenannte Strukturierte Dialog mit der Jugend. Dies nahm die Forschungsgruppe Jugend und Europa zum Anlass, in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Austauschforum zu dieser Thematik zu veranstalten. Ziel dieses Runden Tisches war es, im Fachkreis von über vierzig ausgewiesenen Experten aus Politik, Jugend- und Bildungsarbeit und den Medien gemeinsame Handlungsempfehlungen und Optimierungsvorschläge zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs zu erarbeiten. Als Referenten konnten unter anderem Frans Timmermans, Europaminister der Niederlande, sowie die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth begrüßt werden.

Diskutierten, wie sich Jugendliche besser in die politischen Prozesse der EU einbinden lassen: Der niederländische Europaminister Frans Timmermans, Prof. Dr. Werner Weidenfeld und die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth.



Moderiert wurde der Fachaustausch von Eva Feldmann-Wojtachnia und Dr. Barbara Tham von der Forschungsgruppe Jugend und Europa.

Die Debatten des Runden Tisches zeigten, dass der Strukturierte Dialog als Chance und Herausforderung angesehen wird, die schwierige Beziehung zwischen Jugend und Politik zu verbessern. Dafür muss dieser Prozess allerdings ernsthaft verfolgt und weiterentwickelt werden. Insbesondere sind dabei die politischen Akteure gefordert, auf die Jugendlichen zuzugehen, deren Anliegen wahrzunehmen und die damit verbundenen Forderungen in die politische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. In diesem Kontext wäre auch eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments in den Strukturierten Dialog wünschenswert. Nur wenn Jugendbeteiligung Wirkung zeigt und dies den Jugendlichen auch vermittelt wird, kann der Strukturierte Dialog auf Dauer erfolgreich sein. In diesem Sinne gilt es, die Verbindlichkeit der Prozesse sowie die Transparenz zum Verfahren besser herauszustellen. Dazu muss auch die lokale und regionale Ebene besser eingebunden werden, um so ein tragfähiges Netzwerk zwischen den beteiligten Akteuren zu erreichen. Koordinierung darf hierbei aber nicht Zentralisierung heißen, sondern bedeutet eine effiziente und transparente Abstimmung zwischen den beteiligten Partnern. Nicht zuletzt die Kommunen sind dabei einzubinden, um die öffentliche Debatte von Jugendfragen im europäischen Kontext möglichst breit zu gestalten.

In Kürze wird eine Dokumentation der Tagung erscheinen, die bei der Forschungsgruppe Jugend und Europa angefordert werden kann.

## Deutsch–französischer Workshop über Parteien

Das Gefühl von kultureller und politischer Nähe kann täuschen. Das wurde den Teilnehmern des deutsch-französischen Workshops, den das C•A•P gemeinsam mit dem Institut français des relations internationales (Ifri) in Paris und mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte, bald bewusst. Nicht zuletzt ist die Rolle der Parteien in Deutschland und Frankreich sehr verschieden. Was aber bedeutet das für den Parteienwettbewerb in beiden Ländern? Nähern sich die Parteien programmatisch an oder entfernen sie sich? Und wie begegnen die Parteiorganisationen ähnlichen Problemlagen wie Mitgliederschwund? Antworten auf diese Fragen wollen die Wissenschaftler in einer gemeinsamen Publikation liefern. Zum Auftakt der Veranstaltung konstatierte die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, dass es weniger grundsätzliche Probleme als viel mehr Kommunikationsprobleme gibt. Um etwaige Missverständnisse bei der Zusammenarbeit der deutsch-französischen Autorenteams auszuschließen, erläuterte Dr. Wolfram Vogel (deutsch-französisches Institut Ludwigsburg, Paris) die gänzlich unterschiedliche Verwendung des Begriffs Partei: Während in Frankreich „parti“ vor allem eine Strömungspartei meint, verstehen die Deutschen unter „Partei“ die Organisationspartei. Prof. Dr. Jérôme Vaillant (Universität Lille) erläuterte in seinem Impulsreferat die Rahmenbedingungen: Das deutsche Parteiengesetz stärke die Parteien, die französische Verfassung hingegen schwäche sie. Die Teilnehmer beschäftigten sich mit den unterschiedlichen Facetten der Parteiendemokratie – vom Aufbau der Parteien bis zu ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Die Koordinatorinnen des Projekts, Dr. Manuela Glaab (C•A•P) und Dr. Claire Demesmay (Ifri), gaben ihnen dabei einen Rat mit auf den Weg: „Es soll ein Buch aus einem Guss entstehen.“ Der Band mit dem Arbeitstitel „L’avenir des partis politiques – perspectives franco-allemandes“ erscheint voraussichtlich Anfang 2009.



Arbeiten an einem Buch zu den Parteien in Deutschland und Frankreich: Experten des C•A•P und ifri in Paris.

## Symposium zur Telemedizin

Insbesondere bei chronischen Erkrankungen oder akuten Problemen wie Herzinfarkt steht die Telemedizin für eine innovative Behandlungsform, die elektronische Mittel für Vorsorge und Behandlung nutzt. In einem telemedizinischen Zentrum mit elektronischer Patientenakte kann so der Kreislauf von ärztlicher Diagnostik und Therapiekontrolle mit einem Fernmonitoring medizinisch besser und kosteneffizienter organisiert werden. Ihr Potenzial und Erfahrungen in anderen Ländern lassen erkennen, dass sie sich auch in Deutschland langfristig durchsetzen wird. In Israel etwa ist sie flächendeckend im Einsatz. Im Rahmen des Projekts „Telemedizin“ konnten sich C•A•P-Direktor Prof. Weidenfeld, sein Stellvertreter Jürgen Turek und eine hochkarätige Delegation aus Europa, den USA und Israel kürzlich in Tel Aviv bei einem Symposium über Einsatzmöglichkeiten und Vorteile informieren. Israel dient als Beispiel, da das Land insgesamt ein dicht und kohärent organisiertes Gesundheitssystem hat, das vergesellschaftete und private Versorgungskomponenten verknüpft und weltweit als besonders innovativ gilt. Das Symposium, das von einer Feierlichkeit zum 20jährigen Jubiläum der SHL Telemedicine, einem Vortrag des ehemaligen israelischen Botschafters in Deutschland, Avi Primor, zur politischen Lage Israels sowie einem Besuch der Hebräischen Universität in Jerusalem umrahmt wurde, diente zur Vorbereitung des „3. Internationalen C•A•P Telemedizin Forum“, das in diesem Jahr am Centrum für angewandte Politikforschung stattfinden wird.



Der stellvertretende Gesundheitsminister Israels, Boaz Lew, erläutert das israelische Gesundheitssystem.

## Spannende Nahost–Gespräche

Der Verhandlungsprozess zwischen Israel und den Palästinensern ist deutlich wiederbelebt. Das war auch bei den diesjährigen Nahostgesprächen in Kronberg zu spüren, wo 70 Vertreter aus Politik, Diplomatie, Wissenschaft und Wirtschaft aus Europa, den USA und dem Nahen Osten zusammenkamen, um die Lage in der Region zu erörtern.

Neben dem von den Amerikanern angestoßenen Annapolis-Prozess, der bis Ende 2008 zu einem Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern führen und einen palästinensischen Staat erschaffen soll, standen das iranische Atomprogramm und der Stand der wirtschaftlichen und politischen

Transformationsprozesse der arabischen Länder auf der Agenda der Konferenz.

Die Kronberger Gespräche wurden von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier eröffnet. Steinmeier forderte in seiner Rede die Europäer auf, die USA in ihren Friedensbemühungen zu unterstützen und eine aktive Rolle im Annapolis-Prozess zu spielen. Die Europäer könnten entscheidend dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für einen Frieden zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten zu verbessern.

Am Centrum für angewandte Politikforschung wurde das Diskussionspapier verfasst, das als Grundlage für die dreitägigen Gespräche diente. Darin wird der Reifungsprozess der Europäischen Union als außenpolitischer Akteur hervorgehoben. Gleichzeitig werden aber Defizite der europäischen Außenpolitik im Nahen Osten festgestellt. Die EU begann ihre Nahost- und Mittelmeer-Initiativen in der optimistischen Atmosphäre nach den Osloer Verträgen in der Mitte der 90er Jahre. In dieser Zeit wurde der Barcelona-Prozess initiiert, der im Jahr 2004 um die südliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ergänzt wurde. Seit dem 11. September 2001, den terroristischen Anschlägen auf europäischem Boden, den Kriegen im Irak und im Libanon sowie den Auseinandersetzungen

um das iranische Atomprogramm ist das Klima für regionale Zusammenarbeit jedoch rauer geworden.

Darüber hinaus stellt sich heraus, dass es dem Barcelona-Prozess und der ENP an einer Prioritätensetzung fehlt. Solange die Europäer noch keine umfassende strategische Antwort auf die Herausforderungen, aber auch die Chancen im Nahen und Mittleren Osten gefunden haben, ist weniger manchmal mehr. Die Europäer sollten sich, so heißt es im Papier, auf diejenigen Projekte konzentrieren, in denen sie wirklich effektiv zu einer Stabilisierung im Nahen Osten beitragen können. Dazu gehören ein intensives Engagement beim Aufbau eines palästinensischen Staates, eine konzeptionelle Straffung der europäischen Nahost- und Mittelmeerinitiativen und eine Förderung der Zusammenarbeit unter den Ländern der Region.

Die Kronberger Nahostgespräche fanden im Rahmen des Projekts „Europa und der Nahe Osten“ statt, das das C•A•P gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchführt.

Das Diskussionspapier ist abrufbar unter [www.cap-lmu.de/publikationen/2008/kronberg.php](http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/kronberg.php).



**Frank-Walter Steinmeier forderte bei den Kronberger Nahost-Gesprächen Europa dazu auf, eine aktive Rolle bei den Friedensverhandlungen im Nahen Osten zu spielen.**

## Transatlantische Fragen

**W**ie wird der Wechsel der Führungsspitze in den USA die transatlantischen Beziehungen beeinflussen und kann der transatlantische Dialog dadurch (wieder)belebt werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des diesjährigen „Editors' Roundtable“, der am 8. und 9. Mai 2008 unter dem Titel „Reviving Transatlantic Cooperation“ in Philadelphia stattgefunden hat. Zu dieser internationalen Konferenz lud das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) bereits zum achten Mal etwa 30 Herausgeber und Chefredakteure der wichtigsten europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften ein, unter anderem von Foreign Affairs, The National Interest, Journal of Democracy und Current History sowie International Affairs, WeltTrends, The World Today, Survival, European Foreign Affairs Review, die in Europa publiziert werden. Im Rahmen der hochqualifizierten Teilnehmerrunde diskutierten die geladenen Gäste vor dem Hintergrund der anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA mit Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die transatlantische Partnerschaft. Globale Veränderungen im Bereich der internationalen Sicherheitsrisiken haben Europa und die USA vor die Frage gestellt, ob die traditionelle Partnerschaft der westlichen Bündnispartner noch zum 21. Jahrhundert gehört. Auf europäischer Seite werden dabei große Erwartungen in eine neue US-Regierung gelegt, insbesondere den strittigen Umgang mit der weltweiten Terrorbedrohung und dem damit verbundenen „war on terror“ multilateral zu diskutieren und daran orientiert zu handeln.

Zu weiteren bestehenden Herausforderungen wie einer immer schwieriger werdenden Sicherheitslage in Nahost kommen neue internationale Krisenherde hinzu. Energiefragen und Klimawandel sowie der Kasus der wirtschaftlichen Konkurrenz aus Asien und Indien erfordern globale Antworten. Auch der Umgang mit dem wieder erstarkten Russland, das vor allem in Fragen der Energiesicherheit der westlichen Bündnispartner eine Rolle spielt und zukünftig verstärkt spielen wird, verlangt nach einem strategischen Umdenken in Europa und den USA. Das Herbeiführen einer Ordnung im strategischen Dreieck USA, EU und Russland war eine zu diskutierende Obliegenheit des „Editors' Roundtable“.

Noch sehen die Amerikaner Russland als keine Bedrohung an – weder energiepolitisch, noch militärisch. Die jahrelange Vernachlässigung der amerikanisch-russischen Beziehungen hatte jedoch auch Folgen für die transatlantische Partnerschaft. Europa erscheint immer öfter als „Balancepunkt“ zwischen Washington und Moskau, nicht als gleichberechtigter Partner in der transatlantischen Beziehung. Da die Europäer zudem derzeit keine Alternative haben, als Energierohstoffe aus Russland zu importieren, verschiebt sich die Abhängigkeitsskala immer mehr zu Ungunsten Europas. Gemeinsam mit den USA hat die EU die Chance dieses Abhängigkeitsverhältnis zu nivellieren und zugleich die transatlantische Partnerschaft zu intensivieren.

Der „Editors' Roundtable“ ist Teil einer langjährig erfolgreichen Konferenzserie, die das C·A·P im Rahmen seines Projektes „Improving Responsiveness to International Change“ durchführt und das durch Mittel des German Marshall Fund of the United States gefördert wird.

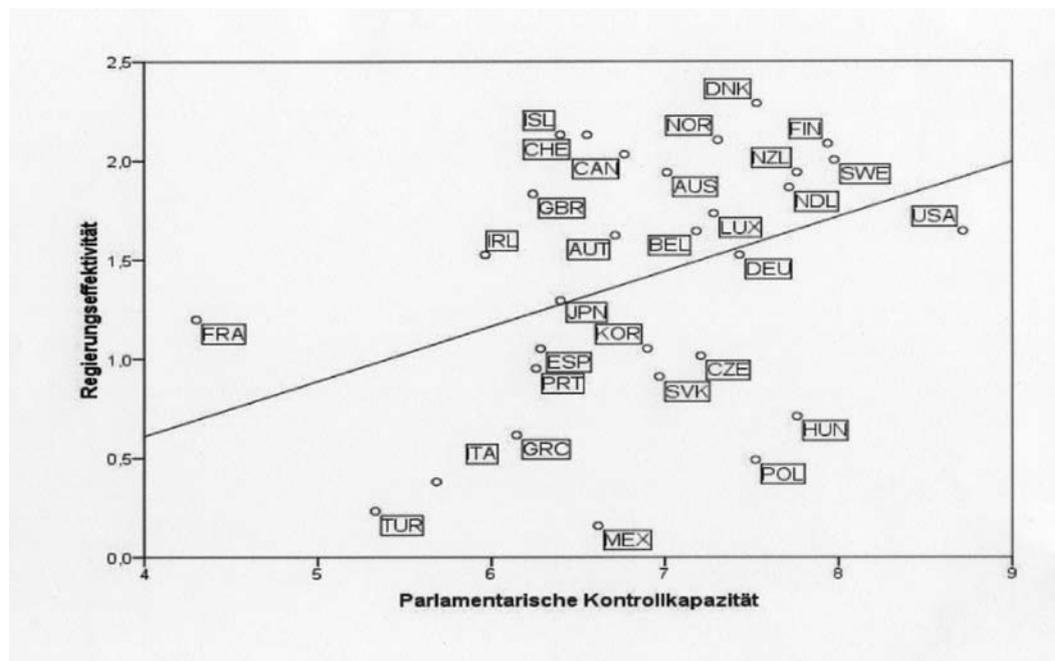


**Teilnehmer des Editors' Roundtable in Philadelphia:**  
**Bild oben:** Kori Schake (Policy Planning, State Department) und Kristina Notz (C·A·P).  
**Bild Mitte:** Nikolas Gvosdev (The National Interest), Craig Gilbert (Sentinel) und Prof. Werner Weidenfeld.  
**Bild unten:** Christian Wernicke (Süddeutsche Zeitung) und Ettore Greco (The International Spectator).

## Starke Parlamente: Bremsen oder Garanten effektiven Regierens?

Parlamente sollen die Exekutive kontrollieren, damit diese ihre Macht nicht missbraucht und im Interesse möglichst vieler Bürger oder zumindest der Bevölkerungsmehrheit handelt. Aber bedeutet dies auch, dass mehr parlamentarische Kontrolle die Regierungseffektivität verbessert? Gut gemeinte Regierungsvorlagen fallen nur zu häufig politischen Tauschgeschäften zwischen den parlamentarischen Parteien zum Opfer. Ambitionierte Reformprojekte wie z.B. der Gesundheitsfonds der großen Koalition können im Gesetzgebungsprozess zu Formelkompromissen verwässert oder von Lobbyisten ausgehöhlt werden. Zuviel Mitsprache scheint die strategische Handlungsfähigkeit von Regierungen und damit die Politikgestaltung zu beeinträchtigen.

Das C·A·P analysiert derzeit den gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung entwickelten Reform Index 2008, der die Reformfähigkeit von Industriestaaten untersucht. Die Umfrageergebnisse beleuchten den Zusammenhang zwischen Parlamentskontrolle und Regierungseffektivität, denn sie liefern Informationen zu den Mitarbeiterstäben von Parlamenten, Fraktionen und Abgeordneten, zu Rechten, Struktur und Zuschnitt von Parlamentsausschüssen, zur Rolle von Ombudsmännern und Rechnungshöfen sowie zum Umfang der Haushaltsdebatte. Zusammengefasst ergeben diese Daten ein empirisch fundiertes Bild der Kontrollkapazität von Parlamenten (horizontale Achse der Graphik).



Auf der vertikalen Achse zeigt die Graphik die unterschiedliche Effektivität von Regierungen, wie sie durch die Governance Indicators der Weltbank gemessen wurde. Der Indikator für Regierungseffektivität basiert auf zahlreichen Datenquellen, die unter anderem die Qualität der Verwaltung, die Haushaltspolitik und die Qualität der öffentlichen Infrastruktur ermitteln.

Die Graphik weist darauf hin, dass kontrollfähigere Parlamente mit einer höheren Regierungseffektivität verbunden sind: Länder mit relativ schwachen Parlamenten im linken unteren Quadranten – Frankreich, Italien, Türkei – verzeichnen eine geringere Regierungseffektivität als die rechts oben positionierten skandinavischen Länder mit ihren vergleichsweise starken Parlamenten. Trotz aller Skepsis hinsichtlich des Nutzens von Parlamenten für die Optimierung von einzelnen Reformprojekten spricht das Gesamtbild also für eine Stärkung der Parlamente, jedenfalls geht diese nicht zwangsläufig zu Lasten effektiven Regierens.

## Peergroup Education

Jugendliche schätzen ihr Wissen über die Europäische Union eher schlecht ein. Sie empfinden europäische Politik als schwer verständlich und können kaum nachvollziehen, wie Politik auf europäischer Ebene funktioniert. Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2007 fühlt sich nur ein Drittel der 15-24-jährigen jungen Europäer gut über die EU informiert, knapp 70 Prozent dagegen schlecht bis gar nicht. Weder der Schule noch den Medien gelingt es offenbar, ausreichend Wissen über den Aufbau und die Funktionsweise der EU zu vermitteln. Auch der sogenannte Plan D der EU-Kommission für mehr Demokratie und Dialog konnte dieses Informationsdefizit bisher nicht schließen. Europa wird als ein schwieriges und abstraktes Thema wahrgenommen, das zudem weit weg vom eigenen Alltag gesehen wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Forschungsgruppe Jugend und Europa eine Reihe von Materialien und Methoden zur europapolitischen Bildungsarbeit entwickelt, die Jugendliche direkt ansprechen, an ihrer Lebenswelt ansetzen, subjektorientiert sind und auf kreative und aktivierende Art und Weise europäische Themen an Jugendliche vermitteln.

Besonders erfolgreich bei der Vermittlung Europas ist das Juniorteam, das auf dem Prinzip des Peer Learning beruht. Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren werden in mehrtägigen Schulungen zu Juniorteamer ausgebildet. Sie werden inhaltlich und methodisch geschult und führen anschließend als Multiplikatoren der Bildungsarbeit eigenverantwortlich Veranstaltungen durch. Hierbei werden sie von der Forschungsgruppe Jugend und Europa weiterhin beraten und unterstützt.

Peer Learning selbst ist in Deutschland noch nicht so stark verbreitet wie in Großbritannien und den USA, wo es vor allem im Bereich der Präventionsarbeit genutzt wird. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa hat den Peer-Learning-Ansatz gezielt in der Bildung angewandt. Zwar verfolgt sie damit andere Zielsetzungen

als bei der klassischen Präventionsarbeit, es ergeben sich aber auch viele Anknüpfungspunkte. Peer Learning macht sich den großen Einfluss zunutze, den Jugendliche im Sozialisationsprozess aufeinander haben. Peer Learning bedeutet in diesem Sinne Lernen von Gleich-zu-Gleich. Jugendliche Teamer vermitteln in einer fast Gleichaltrigengruppe Informationen und initiieren damit Lernprozesse. Durch die geringe Altersdifferenz haben die Teamerinnen und Teamer eine besondere Nähe zu den Jugendlichen und ein Gespür dafür, welche Interessen und Bedürfnisse bei den Jugendlichen vorhanden sind, welche Themen und Inhalte sowie Methoden und Arbeitsformen zu favorisieren sind und welche Alltagssprache und Umgangsformen gerade ‚in‘ sind. Dadurch entsteht schnell ein positives Lernklima, das die Beschäftigung mit dem Thema fördert. Aktivierende Methoden sowie Freiräume für kreatives Gestalten und spielerische Elemente verstärken das positive Lernklima. Auf diese Weise findet Bildung als Anregung und Anleitung zur Selbsttätigkeit statt und fördert die Selbstbestimmung und Partizipation der Jugendlichen.

Weitere Informationen gibt es auf den Internetseiten der Forschungsgruppe Jugend und Europa unter [www.fgje.de](http://www.fgje.de).



Wie läßt sich das Interesse junger Leute an Europa wecken? Die Forschungsgruppe Jugend und Europa hat dazu einige erfolgreiche Materialien und Methoden entwickelt.



**SOPHIA BURKHARDT:**  
**Programmfabrik gegen Medienimperium. Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung, Band 2. Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-3308-1, 126 Seiten, 19 Euro**



**KATHARINA OBER:**  
**Schwarz-grüne Koalitionen in nordrhein-westfälischen Kommunen. Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung, Band 3. Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-3639-6, 122 Seiten, 19 Euro**



**EVA FELDMANN-WOJTACHNIA (HRSG.):**  
**Praxishandbuch Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit. Schwalbach 2008, ISBN 978-3-89974439-2, 280 Seiten, 14,80 Euro**

## Parteien Italiens

Die Parteienlandschaft Italiens ist in ständiger Unruhe. Dennoch haben sich inzwischen zwei große Kräfte herausgebildet. Das zeigte sich gerade bei den Parlamentswahlen im April dieses Jahres: Auf der Seite von Mitte-Rechts dominierte die von Silvio Berlusconi angeführte Liste „Popolo della libertà“, „Volk der Freiheit“. Ihr größter Konkurrent auf Seiten von Mitte-Links war die erst im Oktober 2007 gegründete „Demokratische Partei“ unter dem ehemaligen römischen Bürgermeister Walter Veltroni. Der zweite Band der Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung beschäftigt sich mit den Wurzeln dieser beiden wichtigsten politischen Kräfte Italiens. Berlusconis „Forza Italia“ und das von Romano Prodi gegründete Bündnis „Ulivo“ stehen im Zentrum von Sophia Burkhardts Studie „Programmfabrik gegen Medienimperium. Neue Kampagnenstrategien im italienischen Wahlkampf 2006“. Weder Forza Italia noch der Ulivo waren Parteien im traditionellen Sinn. Das zeigte sich besonders deutlich im Wahlkampf: Forza Italia setzte ganz auf die medialen Ressourcen des Parteigründers Berlusconi. Der Ulivo hingegen führte eine Kampagne mit vielen partizipativen Elementen, in deren Zentrum das in der „Fabbrica del Programma“ in Bologna konzipierte Wahlprogramm stand.

## Schwarz-grüne Koalitionen

In politischen Parteien schafft jede Koalition Konflikte, nicht zuletzt eine schwarz-grüne. Doch sind die Auseinandersetzungen im Falle einer Kooperation zwischen Union und Bündnis 90/Die Grünen möglicherweise zu stark und zahlreich, um zusammenzuarbeiten? Diese Frage stellt sich mit dem Zustandekommen eines solchen Bündnisses in Hamburg – also erstmals auf Landesebene – zwingender denn je. Erprobte Allianzen sind oft nicht mehr mehrheitsfähig. Union und Grüne wagen wohl deshalb auch gezwungenermaßen eine Zusammenarbeit. Antworten darauf, ob diese Kooperation arbeitsfähig sein kann, gibt Katharina Ober in ihrer Analyse. Sie untersuchte lokale Parteienverbände in schwarz-grün regierten Kommunen. Beispiele sind Köln oder Gladbeck. Wann und warum dort die ungewöhnliche Partnerwahl Auseinandersetzungen zwischen Parteibasis und Parteiführung nach sich zog, wird in diesem Band dargelegt. In einem weiteren Schritt beurteilten nordrhein-westfälische Landespolitiker die Option schwarz-grüner Koalitionen und die Übertragbarkeit kommunaler Methoden auf die Landesebene.

## Gegen Fremdenfeindlichkeit

Fast täglich werden in Deutschland rechtsextreme Straftaten verübt, darunter viele fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten. Die Gefahren, die vom Rechtsextremismus besonders für Jugendliche ausgehen, sind erschreckend und dürfen nicht unterschätzt werden. Wie kann die Bildungsarbeit wirksam fremdenfeindlichen Einstellungen von Jugendlichen entgegenwirken? Welcher methodische Ansatz empfiehlt sich zur Prävention gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus in der jungen Generation? Das von Eva Feldmann-Wojtachnia herausgegebene Praxishandbuch stellt ein Seminkonzept vor, das durch die multimediale Beschäftigung mit dem Thema Jugendliche besonders anspricht. Im Mittelpunkt steht die kritische Auseinandersetzung mit rechtsradikaler Musik, die heute vielfach als Einstiegsdroge zum Rechtsextremismus bezeichnet wird. Inhaltlicher Ansatzpunkt ist die gezielte Wertschätzung der eigenen Identität und eine Beschäftigung mit dem Sinn und den Grenzen von Toleranz. Im Rahmen dieses Konzepts bietet die Forschungsgruppe Seminare und die Ausbildung von Teamern an.

## Lissabon in der Analyse

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (Bild) den „Vertrag von Lissabon“. Dieser sollte ursprünglich zu Beginn des Jahres 2009 in Kraft treten. Nachdem eine Mehrheit der irischen Bevölkerung den Reformvertrag in einem Referendum am 12. Juni 2008 ablehnte, ist die Zukunft der Reformen der EU jedoch wieder ungewiss. Diese können nur in Kraft treten, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten ratifiziert worden sind. Bis zum EU-Gipfel im Oktober 2008 wollen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten nun nach einer Lösung suchen, damit die für die Sicherung von Handlungsfähigkeit und Demokratie in der EU dringend nötigen Reformen des neuen Vertrags doch noch umgesetzt werden können.



Der Vertrag von Lissabon orientiert sich im Wesentlichen am „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, der in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war. Dennoch weist er einige, teils gewichtige Änderungen auf. Vor diesem Hintergrund untersucht der von Prof. Dr. Werner Weidenfeld herausgegebene Band 20 der „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“ mit dem Titel „Lissabon

in der Analyse – der Reformvertrag der Europäischen Union“ das neue Vertragswerk der EU. In einem ersten Schritt wird die Entstehungsgeschichte nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags untersucht. Die anschließenden Beiträge beleuchten die Reformergebnisse mit Blick auf die europäischen Institutionen und die nationalen Parlamente sowie die einzelnen Politikfelder (Justiz und Inneres; Wirtschaft, Währung und Haushalt; Außen- und Sicherheitspolitik; Energiepolitik). Schließlich werden die Konsequenzen des Reformprozesses für Handlungsfähigkeit, Identität und Demokratie in der EU aufgezeigt. Zudem werden die zentralen Herausforderungen benannt, die sich unabhängig vom Inkrafttreten des neuen Vertragswerks für die Europäische Union ergeben und es werden Vorschläge zu deren Bewältigung unterbreitet. Damit wird die Kontinuität der Analysebände zu den Verträgen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und dem Verfassungsvertrag fortgesetzt.



WERNER WEIDENFELD (HRSG.):  
Lissabon in der Analyse. Münchener  
Beiträge zur europäischen Einigung,  
Band 20. Baden-Baden 2008, ISBN  
978-3-8329-3524-5, 280 Seiten,  
28 Euro

## Das Webdossier zum Vertrag

Nach dem Scheitern der Referenden über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ in Frankreich und den Niederlanden riefen die Staats- und Regierungschefs der EU eine Phase des Nachdenkens aus. Nach einer über einjährigen Reflexionsphase konnte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dem Reformprojekt jedoch wieder neuen Schwung verleihen, das schließlich mit der Einigung auf den „Vertrag von Lissabon“ eine weitere Etappe bewältigen konnte. Doch nachdem bereits die nationalen Parlamente von 18 Mitgliedstaaten das neue Vertragswerk gebilligt hatten, lehnte es die irische Bevölkerung in einem Referendum ab und brachte den Reformprozess der EU erneut ins Stocken. Das C•A•P begleitet die politischen Entwicklungen und den Stand der Ratifikation des Reformvertrags im aktualisierten Webdossier [www.eu-reform.de](http://www.eu-reform.de). Nach thematischen Schwerpunkten geordnet, zeichnet das Dossier den Reformprozess seit der Vertragsschließung von Nizza ausführlich in allen Etappen bis heute nach. Darüber hinaus werden Optionen und Lösungswege aufgezeigt, wie die EU nach dem Nein der Iren eine erneute Reformkrise verhindern kann.

23. – 27. Juli, Kempfenhausen:  
Allianz Summer Academy. Das  
Thema in diesem Jahr lautet:  
"Which Europe in a Globalised  
World? New Dimensions for  
Europe after the Reform Treaty.  
Teilnehmer: LMU München,  
Babes-Bolyai-University of Cluj-  
Napoca (Rumänien), Collegium  
Civitas Warschau, Sciences Po  
Paris, University of Lancaster.

14.–25. September, Karaburun/  
Türkei :  
Achtung und Toleranz Ausbildung.  
Modul 1 und 2, veranstaltet von  
der Akademie Führung und  
Kompetenz. Informationen und  
Anmeldung unter [www.cap-akademie.de](http://www.cap-akademie.de)

28. November, München :  
3. Internationales Telemedizin  
Forum.

## Ausführliche Analyse der Landtagswahl in Bayern

von Michael Weigl

**B**ayern, im Frühling 2008: Vieles erinnert an die Zeit nach dem ruhmlosen Abtritt von Ministerpräsident Max Streibl 1993, als nicht wenige das Ende der CSU-Vormachtstellung im Freistaat gekommen sahen. Damals gelang es Streibls Nachfolger Edmund Stoiber, das Ruder herumzureißen; für weitere eineinhalb Jahrzehnte war an der Vormachtstellung nicht zu rütteln.

Nun, im Wahljahr 2008, stehen die Zeichen abermals auf Sturm. Zwar kann die Staatsregierung auf Bayerns wirtschaftliche Spitzenposition im Bund, seine niedrigen Arbeitslosenzahlen, das durch die PISA-Studie bescheinigte hohe Bildungsniveau bayerischer Schüler und die von den Bürgern geschätzte Lebensqualität im Freistaat verweisen. In der öffentlichen Diskussion jedoch dominieren die Flecken auf der weiß-blauen Erfolgsweste: Der geräuschvolle Führungswechsel bescherte der CSU eine Doppelspitze, der ein Mangel an Profil und Koordination bescheinigt wird. Das Aus für den Transrapid bedeutete zugleich das Ende eines prestigeträchtigen Leuchtturmprojektes der Staatsregierung. Die Verluste der Bayerischen Landesbank treffen die CSU im Mark, da sie ihre ökonomische Kernkompetenz berühren. Niederlagen bei den Kommunalwahlen beschädigten das Image des strahlenden Siegers, zumal die CSU auch auf dem flachen Land Einbußen verzeichnete. Diskussionen um

### „Die Opposition sieht eine Chance, die CSU vom 50+X-Thron zu stoßen.“

Sinn und Umsetzung des Rauchverbotes und der verkürzten Gymnasialzeit (G8) schwelen – auch aufgrund handwerklicher Fehler der Staatsregierung – weiter. Umfragen sehen die CSU ein halbes Jahr vor der Landtagswahl knapp über oder unter der magischen Grenze von 50 Prozent, wobei weniger die SPD, als vielmehr die kleinen Parteien – allen voran die Grünen – von den Verlusten der CSU profitieren. Noch nicht entschieden ist, ob FDP, Freie Wähler und Linke den Einzug ins Maximilianeum schaffen werden.

Die Wahlstrategen aller Parteien sehen sich durch solche Zahlen herausgefordert. Für die CSU gilt es, den Nimbus der Unbesiegbarkeit zu wahren. Die Opposition dagegen sieht eine Chance, die CSU vom „50 + X“-Thron zu stoßen. Zwar scheint selbst deren absolute Mandatsmehrheit nicht in Gefahr. Ein CSU-Ergebnis von „50 – X“ aber käme einem landespolitischen Erdbeben gleich, dessen Erschütterungen bis nach Berlin reichen würden.

Wie schon 2003 wird die Forschungsgruppe Deutschland des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) den bayerischen Landtagswahlkampf online begleiten ([www.landtagswahl-bayern.lmu.de](http://www.landtagswahl-bayern.lmu.de)). Studierende am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München analysieren die Wahlkampfstrategien und –auftritte der Parteien, fragen nach bei Akteuren und bieten wissenschaftlichen Hintergrund zu Parteien, Politikern, Wahlprogrammen und Wählerverhalten. Dazu gehört auch eine umfangreiche Linksammlung, ein Wahlkampfkalender sowie eine ausführliche Darstellung des Wahlsystems bei der Landtagswahl in Bayern.

*Der Autor ist Mitarbeiter  
der Forschungsgruppe  
Deutschland.*

[michael.weigl@lrz.uni-muenchen.de](mailto:michael.weigl@lrz.uni-muenchen.de)

## C·A·PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom

Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

Maria-Theresia-Straße 21

81675 München

Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329

E-Mail: [cap.office@lrz.uni-muenchen.de](mailto:cap.office@lrz.uni-muenchen.de)

[www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de)

Vi.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek

Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck

Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,

Matthias Chardon, Sebastian B. Beck

Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5, 80798

München